

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

06.03.2023

Inhalt

EWN

1 Schwesigs mächtigster Gegner <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 04.03.2023</i>	3
2 Grüne kritisieren vor Rügen geplantes LNG-Terminal scharf <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 06.03.2023</i>	5
3 Verzögerungen bei AKW-Rückbau <i>BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Karlsruhe, 06.03.2023</i>	6

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 04.03.2023 | S. 8

📄 Auflage: 26.542 | Reichweite: 70.189

👤 Frank Pubantz

ANALYSE

Schwesigs mächtigster Gegner

Mit einem hätte sich die machtbewusste Ministerpräsidentin besser nicht angelegt: Erwin Sellering.

Erwin Sellering ist gut gelaunt am Telefon. Der Vorstandschef der Stiftung für Klima- und Umweltschutz MV hat gerade Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und deren Finanzminister Heiko Geue (beide SPD) vorgeführt. Er klingt nicht nachtragend, nicht verbittert. Lacht. Aber: Er widerspricht massiv der Darstellung der Landesregierung zum Steuerverfahren rund um die Stiftung. Tatsachen müssten auf den Tisch.

Diese „Tatsachen“ sind es, die Schwesig und Geue jetzt wie Lügner dastehen lassen. Da ist Sellering, der frühere Verwaltungsrichter, in seiner Welt. Am Dienstag hat Geue in einer denkwürdigen Pressekonferenz erzählt, wie sich das Verschwinden von Steuerunterlagen der Stiftung zugetragen haben soll. Verbrannt im Kamin - ein zuvor nie dagewesener Fall in der Geschichte MVs. Unfassbar. Unglaublich.

Die Stiftung selbst habe eine Kette verhängnisvoller Vorkommnisse ausgelöst, als sie Unterlagen für eine 20-Millionen-Euro Spende von Nord Stream 2, aus Russland gesteuert, im falschen Finanzamt abgab. Sie habe sich lange geweigert, das Steuergeheimnis aufzuheben - daher habe die Landesregierung nicht informieren können. Schließlich habe die Stiftung nicht nachweisen können, ob die Millionen für Klimaschutz oder andere Zwecke genutzt werden - und müsse folgerichtig 9,8 Millionen Schenkungssteuer zahlen.

Blödsinn, kontert Sellering. Natürlich höflicher, aber deutlich. Da erhebt er sich wieder, der allwissende Richter und Landesvater, der anderen das Gefühl von Geringfügigkeit gibt, wenn es um juristische Zusammenhänge geht. Nun hat er den Finanzminister im Visier. Geues Ausführungen beruhten „leider nicht auf Tatsachen“, reagiert der Stiftungsvorstand, Sellering. Dies gelte auch für sehr wohl ausgeübte politische Einflussnahme auf den Fall. Auch Schwesig wird vorgeführt: Sie habe in einem Gespräch mit Nord-Stream-Boss Matthias Warnig mit vereinbart, dass die 20 Mil-

lionen komplett in den Klimaschutz fließen. Nix da mit Schenkungssteuer! Die Stiftung lasse sich für Schwesigs politisches Kalkül nicht vors Loch schieben.

Eine Kampfansage Sellerings an Schwesig direkt. Der Mann, der vieles über sie weiß, sie erst zu dem machte, was sie politisch heute ist. 2008 Sozialministerin in MV, 2013 Familienministerin im Bund; schließlich schlug sie Sellering wegen eigener Erkrankung 2017 als Nachfolgerin an der Spitze der MV-Regierung vor. Mit Sellering hat Schwesig jetzt einen scharfsinnigen Gegner: Der frühere Richter war auch Justizminister, die Klaviatur von Recht bis Attacke beherrscht er besser als Schwesig. Wenn jemand ihre Schwächen kennt, dann er.

In der Wahrnehmung eines einst dominanten Politikers wie Sellering mag es nicht angehen, dass Schwesig illoyal wurde. Zäsur dabei: Als im Februar 2022 Russland die Ukraine angriff, änderte sich die Einstellung vieler zu Kooperationen mit Putins Reich, zu Nord Stream 2, mithin zur Stiftung. Die CDU in MV wurde gar mit 180-Grad-Wende von Steigbügelhalterin zur Anklägerin.

Was Sellering Schwesig besonders übel nehmen dürfte: Sie ließ sich von Kritikern soweit treiben (wohl seine Sicht), dass sie weit von der Stiftung abwich. Von ihm. Von seinem Vermächtnis - als Schöpfer des Russlandtages oder Russlandvereins. Vom Friedensengel, der Dialog sucht. Der Landtag (Mehrheit: SPD und Linke) beschloss vor einem Jahr: Die Regierung sollte die Stiftung vom Netz nehmen. Allerdings hatte Schwesig selbst versäumt, ein Kuratorium zu besetzen, das den Stiftungsvorstand zähmen kann. Die Stiftung kann von der Politik nicht aufgelöst werden - diese Position vertrat Sellering sehr schnell und energisch. Auch er muss, wie Schwesig, um den Verlust seines politischen Erbes fürchten. Dabei sieht er sich im Recht. Und wird dies weiter konsequent so äußern. Der Un-

terschied zwischen Sellering (73) und Schwesig (48) ist: Er kämpft nur um seinen guten Ruf, sie aber auch um ihre künftige Rolle in der Politik. Sie hat mehr zu verlieren, muss einen Untersuchungsausschuss im Landtag ertragen, Medien, die täglich neue Skandale um die Stiftung suchen.

Ihr Versprechen, die Stiftung schnell loszuwerden, dürfte Schwesig nicht halten können. Über eine Klage gegen die Schenkungssteuer wird das Finanzgericht in Greifswald voraussichtlich nicht mehr 2023 entscheiden, teilt es mit. Schwesigs Albtraum bleibt.

Die verbrannte Steuererklärung hat viele Brenngläser wieder auf Schwesig gerichtet. Das Bild der nahbaren und handlungsstarken Landesmutter (die „Frau für MV“) hat schwere Schäden. Helfen könnte: alles auf den Tisch zu Russland, Nord Stream und Stiftung.

Schwesig mache sich besser, als er je erwartet habe, sagte Sellering vor wenigen Jahren. Dabei lächelte er väterlich. Mittlerweile soll der Mann der Ruhe und gut gewählten Worte sich anders äußern. Von „Ziege“ ist da zu hören - nicht prüfbar. Nein, Sellering klingt nicht zornig. Für Schwesig aber ist er die größte Gefahr.

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 06.03.2023 | S. 13-SEITE 13

📄 Auflage: 17.737 | Reichweite: 47.760

DEUTSCHLAND

Grüne kritisieren vor Rügen geplantes LNG-Terminal scharf

Energieversorgung in MV

Die Landtagsfraktion der Grünen in Mecklenburg-Vorpommern hat die Pläne zum Bau eines LNG-Terminals vor der Küste Rügens abgelehnt. „Das geplante LNG-Terminal stellt einen schweren Eingriff in die geschützte Natur des Greifswalder Bodden vor Rügen dar“, sagte der Fraktionsvorsitzende Harald Terpe am Sonnabend. Es bedrohe dadurch auch die Einkommensgrundlage der Menschen auf Rügen, die nahezu alle vom Tourismus leben.

Beim Bau und der Anmietung von Terminals zum Flüssigerdgas-Import kalkuliert das grün geführte Bundeswirtschaftsministerium aus Sicherheitsgründen deutlich mehr Kapazitäten als wohl benötigt ein. Das geht aus einem Bericht des Ministeriums an den Haushaltsausschuss im Bundestag hervor, der Freitag veröffentlicht wurde. Mit den bisher vorhandenen Terminals und den geplanten Projekten geht das Ministerium von einem Sicherheitspuffer von jährlich mehr als 30 Milliarden Kubikmetern ab 2027 aus.

Nach Ansicht der Grünen im Schweriner Landtag sieht der Gasbedarfsplan deutlich zu große Sicherheitspuffer vor. „Offenbar glaubt der Kanzler nicht an die

selbst ausgerufene Zeitenwende. Die Schaffung fossiler Überkapazitäten ist vor dem Hintergrund der Klimakrise der falsche Weg“, sagte Terpe.

„Mit dem privaten Terminal in Lubmin, den vier schwimmenden Anlagen des Bundes und den dauerhaften Onshore-Terminals, die auf Grundlage des LNG-Beschleunigungsgesetzes realisiert werden, leisten wir unseren Anteil an der Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa“, ergänzte der energiepolitische Sprecher der Fraktion, Hannes Damm. „Die vorliegenden Daten machen deutlich, dass die europäische Erdgasversorgung durch den europaweiten LNG-Ausbau ab dem Jahr 2024 auch ohne zusätzliches LNG-Terminal vor Rügen gesichert ist.“

Mitte Februar hatte Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) Pläne zur Errichtung von LNG-Importanlagen vor der Insel Rügen vorgestellt. Demnach sollen etwa 4,5 bis 6,5 Kilometer vor Sellin im Südosten Rügens zwei Plattformen gebaut werden, an denen schwimmende Flüssigerdgas-Terminals (FSRU) festmachen sollen. *dpa/mv*

Verzögerungen bei AKW-Rückbau

Rechtsstreit wegen fehlender Deponiekapazitäten für nicht radioaktive Abfälle aus Philippsburg

Karlsruhe (dpa). Die ungeklärte Entsorgung von Bauschutt und anderem Material aus dem abgeschalteten Atommeiler in Philippsburg (Kreis Karlsruhe) sorgt für Verzögerungen beim Rückbau. Lange sei der Rückbau nach Plan verlaufen, sagte ein Sprecher des Karlsruher Energieversorgers EnBW. Da der zuständige Landkreis Karlsruhe aber seinen Entsorgungspflichten nicht nachkomme, seien die Lagerkapazitäten für das abgebaute Material auf dem Kraftwerksgelände weitgehend erschöpft.

Hintergrund der Misere ist ein schwelender Streit, der inzwischen beim Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg anhängig ist. Das Land will dort durchsetzen, dass solche Abfälle auf einer Deponie im Enzkreis lagern dürfen. Das war vom Verwaltungsgericht (VG) Karlsruhe Ende April vergangenen Jahres aber untersagt worden.

Der Enzkreis hatte sich geweigert, den Betonmüll anzunehmen. Aus seiner Sicht ist die betroffene Deponie Hamberg für diese Art von Müll, sogenannte freige-

messene, nicht radioaktive Abfälle, nicht zugelassen. Das Regierungspräsidium (RP) Karlsruhe hatte dem Enzkreis daraufhin ungefragt eine Ausnahmegenehmigung erteilt. Dagegen wiederum wehrte sich der Enzkreis erfolgreich vor dem VG. Der Landkreis Karlsruhe selbst verfügt nicht über eine geeignete Deponie.

Wegen der ungeklärten Entsorgung staut sich nun Material aus dem Rückbau, das für eine Deponie erlaubt sein könnte, auf dem Kraftwerksgelände. Die Kosten dafür trägt die EnBW. „Es ist davon auszugehen, dass beim Rückbau der stillgelegten Kernkraftwerke Philippsburg 1 und 2 insgesamt circa 12.000 bis 24.000 Tonnen Beton über 15 bis 20 Jahre hinweg anfallen werden, die zur Deponierung freizugeben sind“, sagte eine Sprecherin des RP Karlsruhe.

Nach Worten eines VGH-Sprechers gibt es noch keinen Termin für die Berufungsverhandlung. Frühestens Ende des Jahres könnte es soweit sein. Es würden alternative rechtliche und technische Optionen geprüft, sagte die RP-Sprecherin.